



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

"K.": Gedanken über Elsaß-Lothringen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Gedanken über Elsaß-Lothringen



er einmal in deutschen Kleinstaaten gelebt hat und dann nach einem der größeren oder dem größten der Bundesstaaten, nach Preußen kommt, wird mit Freude die freie Luft des großen Raums gegenüber der verbrauchten Atmosphäre in den engen Kämmerchen der Kleinstaaten auf sich wirken lassen. Man wirft Preußen oft eine allzu konservative, von linksstehenden Parteien „reaktionär“ genannte Gesinnung vor. Trotz alledem bleibt eins unbestreitbar: ein Großstaat wie Preußen kann den ungeheuren Komplex moderner Staatsaufgaben in ganz anderer Weise ausfüllen wie ein Kleinstaat von einer halben, einer oder auch zwei Millionen Einwohner. Daß die Verwaltung und Regierung Preußens technisch in Deutschland an der Spitze steht, hat der Reichskanzler und Ministerpräsident bei der Eröffnung der Wahlrechtsdebatte im Landtag mit Recht betont.*) Wenn Preußen den liberalen oder extremen Parteien mehr oder weniger reformbedürftig erscheint, so kann m. E. daraus ein Vorwurf gegen die Regierung oder den Staat als solchen selbst nicht hergeleitet werden; es ist Sache der politischen Parteien, den Kurs des Staatsschiffs zu bestimmen. Auch das Dreiklassenwahlrecht kann bei einigermaßen genügender Beteiligung nichtkonservativer Bevölkerungsschichten die Parteien der Linken in der preußischen Kammer bedeutend verstärken, wenn diese Parteien nur den festen Willen dazu haben.

Es soll mit diesen Ausführungen nicht zu den Wahlrechtsfragen in Preußen Stellung genommen, es soll damit vielmehr nur dargetan werden, daß Preußen im ganzen durchaus nicht der absolut reaktionäre Staat ist, wie ihn extreme Parteien so gern fälschlich zu benennen lieben. Jedenfalls ist die ungeheure

*) Wir stimmen hier mit dem Herrn Verfasser nicht ganz überein und verweisen deshalb auf die in den Grenzboten erscheinenden Aufsätze über die Preußische Verwaltung. (Nr. 3, 4, 5, 7, 15, 16, 18.) G. U.

Überlegenheit Preußens als Großstaat in allen Fragen des vielseitigen Staatslebens, in Politik und Kultur, in Handel und Wandel so in die Augen springend, daß es einer Unterhaltung darüber nicht mehr bedarf.

Wenn man zu dieser Überzeugung gekommen ist, so wird man aus ganz prinzipiellen Gründen heraus sich entschieden dagegen verwahren müssen, die in der Zeit der Eisenbahnen, des Luftschiffes und der drahtlosen Telegraphie überall sichtbare Tendenz der immer größeren Zusammenballung von Bevölkerungseinheiten zu großen gewaltigen National-, ja zu Weltstaaten gewissermaßen dadurch in das Gegenteil zu verkehren, daß man künstlich kleine verkümmerte Staatengebilde schafft, niemand zur Freude, allen zum Leide.

Ein solches Staatengebilde wäre der autonome Bundesstaat Elsaß-Lothringen. Dieser Bundesstaat würde aus zwei Teilen bestehen, die miteinander gar nichts zu tun haben und in ihrer Art grundverschieden voneinander sind, aus dem allemannischen Elsaß, belegen im fruchtbaren, sonnigen Rheintal, und aus dem stillen, etwas melancholischen und doch für den empfindenden Menschen mit feinen Reizen ausgestatteten Lothringen. Dort ein lebhafter, aufgeregter Menschenschlag, der sich in nichts von anderen süddeutschen Stämmen unterscheidet, insbesondere auch nicht in puncto Abneigung gegen Preußen; in Lothringen, sowohl in dem größeren rein deutschen Teil wie in dem kleineren französischen Teil, dagegen eine nüchterne, konservativ gesinnte, sparsame Bevölkerung, welche in der Saargegend den gleichen Charakter zeigt wie die Bevölkerung der preußischen Gebietsteile, und die im nördlichen Teil, an der Mosel, dem Charakter der Eifeler Bevölkerung sehr nahe kommt.

Auch wirtschaftlich haben die beiden Provinzen fast nichts miteinander gemein. Das Elsaß verlangt die Schiffbarmachung des Oberrheins, in Lothringen ruft man dagegen nach der Kanalisierung der Mosel. Im Elsaß blüht die Textilindustrie, Lothringens wirtschaftliches Gedeihen ist mehr und mehr auf die Entwicklung der Eisenindustrie, des Erz- und Kohlenbergbaus abgestellt.

Und diese beiden grundverschiedenen Länderstriche hat man ganz wider-natürlich in einem langen schmalen Bande längs der gesamten deutsch-französischen Grenze zu einem modernen Austrafien, zu einem, wie ich mich ausdrücken möchte, total unwirtschaftlichen Zweckverband vereinigt.

Aber nicht nur hierin liegen begangene Fehler. Auch vom Standpunkt der Angliederung und Assimilierung an das große deutsche Vaterland war die Isolierung beider Provinzen ein schwerer Fehler. Man hat den Chauvinismus der Elsaß-Lothringer künstlich dadurch bewahrt, indem man ihm nicht nur erlaubte, sondern ihn es sogar nötigte, sich in Reinkultur zu erhalten.

Das erste Bestreben Deutschlands nach der Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen mußte sein, die so günstige Gelegenheit der Ausfüllung der durch die Auswanderung nach Frankreich entstandenen Bevölkerungslücken kräftig auszunutzen. Das ist ja nun auch teilweise geschehen. Tausende von deutschen Beamten strömten ins Land; durch die starken Garnisonen ergoß sich

ein stets neugespeister Strom von kräftigen jungen Söhnen der Mutter Germania in die Provinzen, die vielen von ihnen dann eine zweite Heimat wurden. Große Industriezweige wurden durch deutschen Unternehmungsgeist belebt oder neu gegründet; man denke nur an die gewaltige Montanindustrie in Lothringen. So kam es, daß der alte, seit den Tagen der Gallier und Römer heiß umstrittene Grenzstaat wieder mehr und mehr mit deutscher Kultur und deutscher Bevölkerung erfüllt wurde, nachdem vorher mehrere Jahrhunderte lang in umgekehrter Richtung die Stoßkraft des früher als Deutschland geeinten französischen Nationalstaates gegangen war.*)

Aber trotz dieser erfreulichen Erscheinungen, trotzdem man Städte wie Straßburg und Metz heute in der Hauptsache als deutsche Städte bezeichnen kann, hat man es fertig gebracht, gerade durch die Isolierung der beiden Provinzen auf sich selbst und durch ein erschwertes Wahlrecht für die Volksvertretung (wenn man den Landesausschuß so nennen darf) die alteingesessene Oberschicht der Bevölkerung, die, in französischen Zeiten französisiert, in hartnäckiger Weise an dem fremden Firnis festhält, zur eigentlich herrschenden Schicht in Elfaß-Lothringen zu machen. Die Kühnheit dieser kleinen, aber mächtigen Minorität drückt sich heute aus in dem Ruf „Elfaß-Lothringen den Elfaß-Lothringern“. Was darunter verstanden wird, wird von ihnen verschieden angegeben, wenn sie aber unter sich sind, nennen sie einen echten Elfaß-Lothringer nur einen solchen, der den bekannten Großvater vor 1870 im Lande gehabt hat. Zu französischen Zeiten freilich hatten sie ein ganz anderes Prinzip, Heute kommt es noch in ihren Zeitungen dann und wann zum Durchbruch, wenn es ihren nach Westen gerichteten Sympathien entspricht, nämlich wenn sie von ihren „Compatriotes en France“ sprechen. Damit meinen sie dann jeden französischen Beamten- oder Offizierssohn, dessen Vater, vielleicht aus der Picardie oder von den Pyrenäen stammend, einmal zwei oder drei Jahre in Diederhofen oder Colmar stand und dem hier der Sohn geboren wurde. Ein solcher Vollblutfranzose gilt als Elfaß-Lothringer, nicht aber der stammverwandte Pfälzer, dessen Sprache und Sitten von denen des Elässers kaum zu unterscheiden sind, der, im Lande geboren, von einem vor vierzig Jahren eingewanderten Vater abstammt; dieser Pfälzer ist ein „Schwob“ und Fremdkörper. Freilich hüten sich die Nationalisten in Elfaß-Lothringen schwer, das öffentlich einzugestehen, aber sie bekunden es hundertfach durch ihre Taten. Gesellschaftlich schließen sie sich überall ab gegen solche, auf die ihr Stempel des Elfaß-Lothringers nicht paßt. Sie gründen französische Sportvereine, Theaterklubs usw. und betätigen in allen Beziehungen, seien es politische oder wirtschaftliche, bei allen Wahlen, sowohl zum Landesausschuß wie zu den Kreis- und Bezirkstagen, in Kommunalverwaltungen, Handelskammern, Interessenvereinigungen usw., das Bestreben, unter sich zu bleiben und jeden Anfang einer Verschmelzung mit den Alideutschen abzulehnen.

*) Hier sei auf unsern Artikel „Das Elfaß“ in Nummer 10 hingewiesen.

Wenn man diesen Leuten jetzt von Reichs wegen eine neue Verfassung gibt, ehe man das Wahlrecht, insbesondere zum Landesauschuß, geändert hat, so ist unschwer abzusehen, auf welchem Weg die Entwicklung weitergehen wird. Die im Lande befindlichen altdeutschen Elemente, 400 000 Seelen, also über 22 Prozent der Gesamtbevölkerung, würden in dem isolierten Nationalstaat Elsaß-Lothringen nichts zu sagen haben. Sie würden an die Wand gedrückt, es sei denn, daß sie, wie heutzutage schon infolge der im Lande herrschenden Tendenzen und der schwachen Widerstandsfähigkeit mancher deutschen Volksgenossen zu beobachten ist, zu Renegaten werden und sich auf die andere Seite schlagen. Das aber kann nicht die Absicht des großen Gesamt-Deutschland sein. Links stehende Parteien geben eine falsche Fragestellung, wenn sie behaupten, das elsass-lothringische Volk sei reif für die Verfassung und die Autonomie, und jede andere Ansicht sei reaktionär. Wo weitgehende Volksrechte existieren, entscheidet nicht immer der ruhige Sinn und die Arbeitsamkeit der großen Menge, sondern häufig die Denkungsweise einer kleinen, die Führung übernehmenden Schicht. Elsaß-Lothringen als selbständiger Staat würde mit fliegenden Fahnen in das Lager derer um Wetterlé, Preis und Genossen übergehen. Die Nationalisten haben es in den meisten Ländern verstanden, durch Drohungen, Boykottierung usw. die große, ihnen nicht zu Willen stehende Menge zur Gefolgschaft zu zwingen. Elsaß-Lothringen ist aus diesen Gründen wohl theoretisch reif für eine Verfassung, aber nicht reif zur Selbstregierung im Sinne eines deutschen Bundesstaates, und nicht reif zur Übernahme der Grenzwehr gegen Westen.

Hier heißt es klare Stellung nehmen, jede Gefühlschwärmerei kann die schwersten, nie wieder gut zu machenden Schäden erzeugen.

Es folgt aus dem Obigen schon, daß uns gegenüber der Verfassungsfrage — die Wahlrechtsfrage als die zeitlich vorgehende erscheint. So schwer es in Elsaß-Lothringen empfunden wird, keinen Anteil an der Reichsregierung in Berlin durch einen stimmberechtigten Vertreter im Bundesrat zu haben, ebenso schwer wird die Unmöglichkeit getragen, den Volkswillen in Straßburg zur Geltung zu bringen. Unter Volk verstehen wir freilich nicht nur die große Menge, sondern auch die in irgendeiner Beziehung höhere Dienste leistenden Kräfte, besonders die eingewanderten Industriellen, Gelehrten, Inhaber der freien Berufe, Großgrundbesitzer usw. Diese Klassen, die für den Staat viel bedeuten, würden bei einer etwaigen Einführung des Reichstagswahlrechts in Elsaß-Lothringen fast ausnahmslos der Mittel entbehren, sich zur Geltung zu bringen. Wir begrüßen es daher, wenn die „Straßburger Post“ in einem am 16. März unter der Überschrift „Brennende Fragen“ erschienenen Artikel darauf hinweist, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts weder wünschenswert noch wahrscheinlich sei, und wenn dabei insbesondere die Einführung von Pluralstimmen und des Proportionalwahlrechts gefordert wird.

Aber wie gesagt, auch wenn man so vorgehen sollte, daß man zuerst das Wahlrecht reformiert und es dem dann entstehenden neuen Landtag überträgt,

seine Wünsche in der Verfassungsfrage geltend zu machen, auch dann wird man Gefahr laufen, noch dieselben schädigenden Tendenzen in Elsaß-Lothringen wirken zu sehen, die heute ihr so unheilvolles Spiel treiben. Die Frage ist sicherlich der reiflichen Überlegung wert, ob es denn überhaupt notwendig sei, einen neuen deutschen Kleinstaat zu schaffen. Freilich beruht der Grundgedanke des Deutschen Reichs auf der Zusammenfassung der selbständigen Bundesstaaten zu einem machtvollen Ganzen. Diesem Prinzip wird aber nichts genommen, wenn man Elsaß-Lothringen unter die größeren der Bundesstaaten zur Aufteilung bringt. Lothringen würde sich seiner Bevölkerung nach vorzüglich zu einer Assimilation mit Preußen eignen, das Unter-Elsaß könnte ohne Schwierigkeiten mit der Pfalz, das Ober-Elsaß zur Hälfte mit Württemberg, zur Hälfte mit Baden vereinigt werden. Waren doch auch zu französischen Zeiten die heute Elsaß-Lothringen ausmachenden Länderteile in der Verwaltung gänzlich voneinander getrennt. Sie zerfielen in mehrere Departements, welche direkt untereinander nichts gemein hatten, die ihre Weisungen vielmehr von Paris empfangen und von Paris aus regiert wurden; und man muß immer bedenken, daß es für die französische Regierung viel schwerer war, vor zweihundert Jahren in diesen Länderteilen Fuß zu fassen, weil nur in wenigen, eng begrenzten Gegenden Französisch als Volkssprache gelten konnte, das ganze Elsaß vielmehr bis auf geringfügige Ausnahmen und zwei Drittel von Lothringen in Sprache und Sitten rein deutsch waren. Wenn damals unter so schwierigen Umständen ein fremder Staat es fertig gebracht hat, diese Provinzen eng an sich zu schließen auf Grund einer Verwaltungsorganisation, die das kluge Wort „divide et impera“ zur Geltung brachte, warum sollte es unmöglich sein, ein erst vierzig Jahre lang bestehendes künstliches Gebilde, das noch nichts weiter fertig gebracht hat, als es einer Oberschicht von Notablen möglich zu machen, für sich möglichst viele Vorteile herauszuschlagen und das Land möglichst von Deutschland getrennt zu halten, wieder aufzuteilen und durch die Anziehungskraft der großen deutschen Staatengebilde allmählich mit deutscher Kultur und deutschem Wesen viel inniger zu durchdringen, als dies bisher möglich war.

Heutzutage hält der Député Vogt im Landesauschuß eine Brandrede gegen die eingewanderten Beamten, die er gewissermaßen als Schmarotzer bezeichnet. In französischen Zeiten war es selbstverständlich, daß aus allen Gegenden Frankreichs Beamte nach Elsaß-Lothringen versetzt wurden, und niemand hat damals darüber geklagt. Ebenso selbstverständlich war es damals allerdings, daß Elsaß-Lothringer, welche in den Staatsdienst traten oder die Offizierskarriere ergriffen, kein Recht darauf hatten, in ihrer engeren Heimat zu bleiben, sondern daß sie es sich gefallen lassen mußten, in das Innere Frankreichs versetzt zu werden. Gerade dadurch aber wurde die gegenseitige Annäherung und Verschmelzung auf das beste gefördert. Dieses Mittels haben wir uns bisher in Elsaß-Lothringen nicht bedient. Wenn der Landesauschuß sich beklagt, daß die Söhne

des Landes keine Gelegenheit haben, im Staatsdienst aufzurücken, wenn er fordert, daß für jede freie Stelle Elsaß-Lothringer den Altdeutschen vorgezogen werden, so erhält diese Forderung nur dadurch eine gewisse Berechtigung, weil darauf hingewiesen werden kann, daß die deutschen Bundesstaaten in echtem deutschen Partikularismus ihrerseits sich dem Elsaß-Lothringer ebenfalls verschließen. Würde Lothringen preußische Provinz sein, so wäre es selbstverständlich, daß die preußischen Landräte in Lothringen aus allen preußischen Gebietsteilen kommen würden. Auf der anderen Seite stände aber auch dem jungen Lothringer, der in die Verwaltungslaufbahn übergehen will, die Möglichkeit offen, seinen Weg durch die Regierungen aller preußischen Provinzen bis zu den Berliner Ministerien zu machen. Eine solche Karriere würde manchen anlocken, der heute dem Staatsdienst den Rücken kehrt, sich irgendwo als Rechtsanwalt oder Notar niederläßt und dann, um ein Feld für seinen Tätigkeitsdrang und Ehrgeiz zu finden, in Politik macht und elsass-lothringischer Nationalist wird.

Was für Preußen und Lothringen gilt, gilt in ähnlichem Maße für Bayern, Baden, Württemberg und das Elsaß. Wenn diese Staaten auch an Größe dem preußischen Riesen nicht gleichkommen, so ersetzen sie dessen Assimilationskraft durch eine ausgeglichene echt deutsche Kultur und durch ihre Wesensverwandtschaft als süddeutsche Staaten mit dem Elsaß.

Man behaupte nicht, durch eine solche Teilung Elsaß-Lothringens werde die Bevölkerung vergewaltigt, denn wie gesagt wird damit nur der bis zum Jahre 1870 herrschende Zustand wieder hergestellt, und ferner erhält ja die Bevölkerung eines jeden der so entstehenden Teile in dem betreffenden Bundesstaat volle Gleichberechtigung. Die Lothringer gelten dann als Preußen, wählen zum preußischen Landtag, können in Preußen Beamte werden usw. Dann gibt es eben keinen Grund mehr, über eine Zurücksetzung gegenüber den übrigen deutschen Staatsangehörigen zu klagen, und infolge der sich viel rascher vollziehenden Assimilation werden die heute im Vollgenuß unbegründeter Vorrechte stehenden Notabeln in verhältnismäßig kurzer Zeit von der ihnen erbauten Plattform verschwinden müssen. Jedenfalls wird die Entwicklung dann bedeutend rascher zugunsten des Deutschtums weitergehen, als dies bisher im mehr oder weniger selbständigen Reichsland der Fall war.

Bei einer solchen Lösung erübrigt es sich, über die äußerst schwierigen staatsrechtlichen Fragen nachzudenken, welche durch die für Elsaß-Lothringen geforderte Autonomie entstehen. Man denke an die Verteilung der Stimmen im Bundesrat, insbesondere an die für das Reichsland zu findende Staatsform (Monarchie oder Republik, Sekundogenitur oder lebenslänglicher Statthalter, Ein- oder Zweikammersystem usw.). Man denke aber auch an die Besetzung der Bischofstühle in Straßburg und Metz, an das Recht der deutschen Gliedstaaten, Gesandte zu ernennen und zu empfangen. Soll darüber etwa in Straßburg von einer nach Frankreich neigenden, aus Notabeln bestehenden Regierung befunden werden?

Einwände gegen unseren Vorschlag können allerdings von denjenigen Bundesstaaten kommen, die durch die Aufteilung des Reichslandes keinen Gebietszuwachs erreichen würden. Im Interesse des Gesamtreichs darf man jedoch von diesen Bundesstaaten (ernstliche Berücksichtigung verdienen natürlich nur die größeren wie Sachsen, Hessen usw.) einen gewissen Verzicht auf das *Lucrum cessans* einer Gebietsvergrößerung erwarten. Auch ist zu bedenken, daß bei einer Selbständigmachung Elsaß-Lothringens als Bundesstaat durch Schaffung neuer Stimmen im Bundesrat die übrigen Staaten ebenfalls einen Teil ihrer heutigen Machtbefugnisse aus der Hand geben.

Man darf nicht denken, daß der Inhalt dieser Ausführungen etwas durchaus Neues, nie Gehörtes sei. Wer im Lande lebt und mit der Bevölkerung viel zusammenkommt, der wird unseren Vorschlag häufig von den Lippen alteingeseffener, guter Elsaß-Lothringer zu hören bekommen, namentlich dann, wenn sie sich sicher vor dem Terror der kleinen herrschenden Minderheit fühlen. Und gerade diese Erfahrung hat den Verfasser dieser Zeilen bewogen, in letzter Stunde nochmals auf eine Lösungsmöglichkeit der elsäß-lothringischen Autonomiefrage zurückzukommen, die in der Öffentlichkeit bisher nur angedeutet, nicht aber genauer begründet wurde. Auch die letzten Reichstagsverhandlungen mit ihren liebenswürdigen Reden von seiten verschiedener elsäß-lothringischer Abgeordneter haben unsere Ansicht nicht erschüttern können. Die ruhigen Elemente, die jetzt im Reichstage zu Worte kamen, werden im elsäß-lothringischen Nationalstaat nicht die Führung erhalten. „K.“



Das Kulturproblem und die Religion

Von Karl König



Die Herrscherworte des Tages tauchen aus den Tiefen der Volksseele auf und drücken die Sehnsucht der Zeit aus. „Weltanschauung“ war das Wort, das noch bis in die letzten Jahre hinein das tiefste Sehnen der modernen Geistesbewegung in sich zusammenfaßte. Mittlerweile ist dies Wort wie müde geworden und ein anderes ist erwacht und in den Vordergrund der Tagesarbeit und der Tageskämpfe getreten, das Wort: Kultur.

Wenn wir nun auch der Meinung sind, daß die Weltanschauungskämpfe auf die Dauer weder ruhen können noch ruhen dürfen, so begrüßen wir es dennoch als einen wesentlichen Fortschritt und als im Sinne des wahren Protestantismus, daß jetzt mit dem Stillwerden der überheizten und oft recht sonderbar anmutenden Weltanschauungsproduktion sofort lauter und lauter das